Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

1921 Nr. 410 — Jahrgang 214

Bezugspreis: für hiesige und auswärtige Bezieher monatlich Mk. 7.56, vierteljährlich Mk. 22.68 frei Haus. Durch die Post bezogen zuzüglich postal. Bestellgeld.

Morgen-Ausgabe

Donnerstag, 8. September

Anzeigenpreis: Die 8gesp. 54 mm breite mm-Grundzeile 60 ₰. Die 4gesp. 90 mm breite mm-Reklamezeile 3.00 ₰. Rabatt nach Tarif. Erfüllungsort Halle-Saale.

Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Zentrale 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610. — Postscheckkonto: Leipzig 20512.

Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6290
Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag u. Druck von Otto Thiele, Halle-Saale

Severing über den Märzaufruhr

Die Unkenntnis des Ministers über die mitteldeutschen Verhältnisse — Warum die Reichswehr nicht eingesetzt wurde — Mit Blindheit geschlagen!

Im Untersuchungsausschuß

b. Berlin, 7. Sept.

Der Untersuchungsausschuß des preußischen Landtages verhandelte in öffentlicher Sitzung, unter Vorsitz des Abg. Kuttner (Soz.), über die Unruhen in Mitteldeutschland. Als erster Generalzeuge führt Staatsminister a. D. Severing aus:

Der

Terror in den Betrieben

hat Maßnahmen zur Folge gehabt. Hier war zwischen Behörden und Werksleitungen nicht immer Uebereinstimmung zu erzielen. Ausnahmemaßnahmen wurden seinerzeit im Staatsministerium nicht für richtig gehalten. Auch die Ausländerfrage wurde damals im Ministerium genau besprochen. Der Redner bespricht dann die damalige Gefahr eines Rechtsputsches. Sie wurde von der Arbeiterschaft sehr ernst genommen. Daraus ist es zu erklären, daß in einer Reihe von Ortschaften die Arbeiter noch im Besitz von Waffen waren. Während der Tagung der Nationalversammlung war **Halle das Zentrum aller Unruhen.** Abwehrmaßnahmen habe ich eingehend mit Minister Heine besprochen. Darauf ist der Ausbau der Schutzpolizei zurückzuführen. Eine Zentralisation des Polizeikörpers war auch in der Provinz Sachsen erforderlich. Diese Maßnahmen wurden schon ein halbes Jahr vor Ausbruch der Unruhen getroffen. Die preußische Regierung hat sich nicht, wie behauptet wurde, durch die Dinge überraschen lassen. Der Zeuge spricht dann über die Einwirkungen der kommunistischen Parteien. **Für die versuchte Sprengung der Siegesäule wiesen die Spuren nach Hettstedt.** In Merseburg erfolgte sofort eine Besprechung mit dem Regierungspräsidenten. Es wurde beschlossen, den Terror in den Betrieben zu brechen und die Autorität der Behörden wieder herzustellen. Damals wurde auch von der Staatsregierung darauf aufmerksam gemacht, daß Amtsvorsteher und Gemeindevorsteher, die die Moskauer Thesen zur Durchführung bringen wollten, nicht geduldet würden. Die Bewaffnung der Arbeiterschaft habe im Zusammenhang gestanden mit der Gründung von verbotenen Selbstschutzorganisationen. Diese geheimen Rechtsorganisationen habe der Oberpräsident Hörsing im Herbst 1920 aufgedeckt. **Die polizeilichen Kräfte wären stärker eingesetzt worden, wenn nicht die oberschlesische Abstimmung bevorgestanden hätte.** Man hatte beobachtet, daß riesige Truppenmassen von den Polen zusammengezogen wurden. Der Einsatz der Reichswehr wäre von den Polen als Bestätigung der Alarmnachrichten über die Rüstungen in Deutschland ausgeschlachtet worden. Am 17. oder 18. März erschien ein Bericht in der Roten Fahne, in dem es hieß, daß die Situation infolge der bevorstehenden Abstimmung und der Sanktionen die Arbeiterschaft zu größerer Aktivität verpflichte. Deshalb müsse man in allen Landesteilen Polizeikräfte lassen. Die Kräfte in Oberschlesien hätten in den ersten Tagen auch ausgereicht, die Hetzreden von Hölz und Schneider haben das später verhindert. **Die preußische Regierung und er selbst hätten sich nicht grundsätzlich gegen die Heranziehung der Reichswehr ausgesprochen.** (Damals haben die Sozialisten aber anderes behauptet. Schriftl.)

Ihre Heranziehung würde aber die Sache noch kompliziert haben, da voraussichtlich auch die Mehrheitssozialisten sich dagegen ausgesprochen haben würden. **Er habe deshalb um Unterstützung durch Artillerie gebeten.** Das habe genügt. Der Landrat von Bitterfeld habe seine Aufgabe vom ersten bis zum letzten Tage voll erfüllt, ebenso der Oberpräsident Hörsing. (?) Dieser habe schon im Herbst 1920 auf scharfe Maßnahmen gedrängt. In Hameln ziehen jetzt Hunderte von Ort zu Ort, prügeln die Gutsbesitzer, führen zu einem improvisierten Galgen und machen sich davon. Gegen den Minister Dominicus erhebt man jetzt nicht solche Vorwürfe, wie damals gegen mich. (Zuruf: Das ist im Hauptausschuß geschehen!)

Auf Befragen des Vorsitzenden erklärt der Zeuge ergänzend, daß ihm nicht bekannt sei, daß Ausländer in besonders großer Zahl im Aufstandsgebiet sich aufgehalten hätten. Der Terror in den Betrieben sei sehr groß gewesen. Keiner wagte einzuschreiten, weil er Körperverletzungen fürchten mußte. Zur Frage des behaupteten militärischen Charakters der Escherich-Organisationen erklärte der Zeuge, daß in verschiedenen Provinzen die Organisation Waffen besessen und regelrechte militärische Uebungen abgehalten hätte. Absurd sei es, von der Existenz einer Roten Armee in Mitteldeutschland zu sprechen. (Die dafür gefundenen Beweise genügen also Herrn Severing noch nicht: Schriftl.) Das Gefährlichste war, daß die Aufständischen im Besitz von Dynamit waren. Eine feste rote Organisation habe jedenfalls nicht bestanden. (??) Der Zeuge habe den Eindruck, daß die Kommunistische Partei nicht zu dem mitteldeutschen Aufstand das Signal gegeben habe. (Wer denn?) Nach dem Parteitag von Halle seien aber die kommunistischen Führer in manchen Orten bemüht gewesen, eine Organisation zu schaffen, um zur gegebenen Zeit loszuschlagen. Offenbar hätten auch die Führer die Verpflichtung gefühlt, den Massen zu zeigen, daß etwas geschehe. Ueber Ostpreußen lag ein Bericht vor, wonach ein regelrechter Dienst organisiert war und alle Vorbereitungen getroffen waren, geschlossen vorzugehen. Schon 1919 hätte die Polizei ähnlich organisiert sein müssen. Die Arbeiter hätten sich jedenfalls von ihr nicht provozieren lassen können. Selbst nach der Auffassung der unabhängigen Führer sei die Polizei besonnen und maßvoll vorgegangen. Die restlose Befriedigung ihrer Wünsche besonders im Leuna-Werk ohne Zustimmung der Leitung hätten zweifellos den Glauben erweckt, daß jetzt keine Macht mehr existiere.

Der Untersuchungsausschuß hörte weiter den **Oberpräsidenten Hörsing,** der erklärte, man müsse zum Verständnis der Vorgänge vom Kapputsch ausgehen. Als der Aufstand ausbrach, habe er das Militär nicht eingesetzt. Hätte man das getan, so hätte es ein Blutvergießen ohnegleichen gegeben. Der Aufstand hätte sich auf das ganze Reich verpflanzt. Eine Rote Armee habe es dort im Jahre 1920 während des Kapputsches nicht gegeben, ebenso nicht während dieses Aufstandes. Grausamkeiten seien auf beiden Seiten vorgekommen. Die tausend Mann Polizeitruppen, die er zuerst angefordert habe, seien auf seine Veranlassung vor Grausamkeiten eindringlich gewarnt worden. Von dieser Seite sei auch nichts vorgekommen, dagegen sei es möglich, daß von Polizeimannschaften, die aus anderen Provinzen kamen, Uebergriffe erfolgt seien. Seitens der Aufständischen seien zahlreiche Grausamkeiten und Uebergriffe vorgekommen. Die Zahl der Ausländer sei in der Provinz Sachsen außerordentlich groß gewesen, besonders seien viele Russen während des Aufstandes in der Provinz Sachsen festgestellt worden, deren Zahl mit 2000 bis 3000 wohl nicht zu hoch angegeben sei. Zu der Frage, ob es eine rote Armee gegeben habe, erklärte der Zeuge noch: Wo konkrete Fälle angegeben worden seien, habe er überall Untersuchungen angestellt, aber auch nicht in einem einzigen Fall sei es ihm gelungen, die Wahrheit solcher Behauptungen festzustellen. (Wir werden auf die Ausführungen Hörsings noch zurückkommen. Schriftl.)

Die bayerischen Vertreter in Berlin

b. Berlin, 8. September.

Gestern vormittag trafen in Berlin als Vertreter der bayerischen Regierung Staatssekretär Dr. Schweyer, der Vertreter des Ministerpräsidenten im Ministerium des Innern, ferner der Staatskommissar für Oberbayern-Land, Regierungsdirektor Loritz, Ministerialrat Zetlmair, die Abgeordneten Held (Bayer.-Vp.), Professor Hilpert (Bayer. Mittelpartei) und Archivdirektor Dr. Dirr (Demokr. Partei) in Berlin ein, um eine Besprechung in der Reichskanzlei zu haben. Die Herren hielten bald nach ihrer Ankunft Vorbesprechungen ab.

Aus der Entsendung der parlamentarischen Kommission nach Berlin scheint man verschiedentlich den Schluß ziehen zu wollen, daß Bayern den Berliner Forderungen gegenüber nachzugeben bereit sei. Nichts wäre falscher als diese Annahme. Sie würde eine völlige Verkennung der Sachlage und der Position Bayerns bedeuten. Die parlamentarische Kommission besteht aus Mitgliedern, die dem Reichskanzler von vornherein sagen müßten, daß die Kommission nicht zum Verhandeln, sondern zur Wahrung der Bayern in der Weimarer Verfassung zustehenden und zugestandenen Rechte nach Berlin gekommen ist. Der Führer der Bayerischen Volkspartei, Abgeordneter Geheimrat Held, ist schon durch die ganze Geschichte und das politische Programm seiner Partei dagegen gefeit, daß er auch nur ein Jota der Bayern noch verbliebenen Selbständigkeit preiszugeben bereit wäre. Der Führer der Bayerischen Mittelpartei, Dr. Hilpert, hat ein „Los vom Neu-Berliner Geiste" der Reichsregierung auf dem deutschnationalen Parteitage zugerufen. Bleibt nur noch der Führer der bayerischen Demokraten, Abg. Dr. Dirr, der der Dritte der nach Berlin entsandten Parlamentarier ist. Wenn auch die Demokraten als Einerseits-Anderseits-Partei von jeher Schaukelpolitik treiben, so sind sich die Demokraten in Bayern doch auch des Ernstes der Lage bewußt, und sich klar, daß ein Kreisaehen der letzten Reste bayerischer Selbständigkeit den Demokraten in Bayern noch die letzten Stützen wegreißen würde und wegreißen müßte.

Es dreht sich um die bayerische Stellung, um die Hochhaltung der Weimarer Verfassung durch die Reichsregierung Bayern gegenüber. Das und nichts anderes hat die Delegation dem Reichskanzler klarzumachen, daß Bayern sich in seine Exekutiv- und Polizeigewalt durch die Reichsregierung unter keinen Umständen und in keinem Falle hineinreden lassen wird und hineinreden lassen will, ferner, daß Bayern, nachdem die vereinigten Sozialisten die letzten Schleier von ihrem vergifteten Kampfe gegen die bürgerliche Regierung Kahr gerissen haben, jetzt erst recht auf dem Ausnahmezustand beharren muß. Der Reichskanzler und der Reichsminister des Innern werden also darüber nicht im Unklaren gelassen werden, daß über diese bayerischen Forderungen es kein Verhandeln zwischen München und Berlin gibt, sondern nur ein Einsehen von seiten der Reichsregierung, die sich in der Bedrängnis von links zu weit gegen Bayern vorgewagt hat. Der Reichskanzler hat nur den einen Ausweg, diese sozialistische Bedrängnis zurückzuweisen.

Die deutsche Not in Tschechien

Von

Dr. Georg Gloege.

„O Freunde, die ihr im Reich gebornen vor andrängendem Fremdvolk ein friedliches Leben führt, verschließt euer Herz nicht unserer Not! Denkt, daß euer Blut in Millionen Menschen dieses Landes schlägt! Denkt, daß von Böhmen des Schriftdeutsch ausgegangen, das euch zu einem einigenden Bande wurde!"

Tschechische Auslandspropaganda

Wenn auch die Tschechen auf keinem Gebiete geistigen Wirkens das Mittelmaß übertragender Leistungen aufzuweisen haben, weil alle ihre Leidenschaft und Kraft der völkischen Ausdehnung gilt — eins muß man ihnen lassen: sie sind als gelehrige Schüler ihrer französischen Freunde Meister der Auslandspropaganda geworden. Sie scheuen weder Mühe noch Millionen von Steuergeldern, die zum weit überwiegenden Teil die Deutschen im Lande aufbringen müssen, und haben es in bewunderungswürdiger Weise verstanden, nicht nur in den ihnen verbündeten und den neutralen Ländern, sondern sogar in Deutschland die Meinung zu verbreiten, daß ihr Staat ein moderner Rechtsstaat sei, in dem das Morgenrot der Völkerversöhnung angebrochen sei, eine Art „höherer Schweiz", und daß es nur an den unverbesserlichen, starrköpfigen, national verhetzten Deutschen liege, wenn Friede und Freundschaft dort noch nicht in vollstem Maße herrschen.

Um das Ausland dauernd im Zustande der Aufklärung zu erhalten, werden auf Staatskosten die „Gazette de Prague" und vor allem eine Anzahl deutschgeschriebener Blätter, wie die „Prager Abendzeitung" und die „Prager Presse", herausgegeben, die zwar im Lande selbst, außer etwa in Bahnhofswirtschaften, nirgends anzutreffen sind, aber doch draußen, besonders auch bei uns, ihren Zweck erfüllen und allmählich in Vergessenheit geraten lassen, welche Fülle von unmoralischen Mitteln nötig war, um diese Republik zu errichten, welche Unmenge von Rechtsbrüchen zumal seit ihrer Gründung von einem Bürokratismus, gegen den der alte österreichische harmlos und vor allem ehrlich erscheint, vorgenommen wurde, um die Existenzberechtigung dieses Staates zu erweisen.

Daß auch die neudeutsche Diplomatie dieser Beeinflussung unterliegt, beweist eine Unterredung, in der der deutsche sozialdemokratische Gesandte in Prag, Dr. Saenger, es als Verdienst des „großen Humanisten" Masaryk rühmte, daß sich die Deutschen und Tschechen wieder zu vertragen anfingen. Dabei weiß doch jedes Kind in der Tschechei, daß der heute als Präsident übrigens völlig bedeutungslose und nur als Repräsentationsfigur dienende ehemalige Professor, trotz aller schönen Reden von Ausgleich und Gerechtigkeit, ohne Zögern eine bedeutende Zahl von Gesetzen unterschrieben hat, die dem Geiste des schärfsten tschechischen Nationalismus beseelt sind und auf eine Vernichtung des Deutschtums im Lande abzielen.

Eine ganz hervorragende Tätigkeit in der Richtung, die deutsche Oeffentlichkeit „aufzuklären", entfaltet besonders in letzter Zeit der neue tschechische Gesandte in Berlin, Herr Tusar. Dieser Führer der tschechischen Sozialdemokraten hatte als Ministerpräsident, wie übereinstimmend von allen, die mit ihm zu tun hatten, versichert wird, für die Deutschen immer schöne Worte übrig — das haben sie alle, alle —, aber seine Taten standen im schroffsten Widerspruch dazu. Er sowie manche nüchternen und einsichtsvollen Politiker, besonders Männer des Wirtschaftslebens, wünschen zweifellos den Staat aus der gefährlichen Lage, in die er durch die zwangsmäßige Angliederung so vieler starker nationaler Minderheiten geraten ist, herauszubringen; aber sie denken nicht im mindesten daran, das einzig mögliche Mittel anzuwenden, diese Nationen zufrieden zu stellen, nämlich ihnen die völlige staatsbürgerliche Gleichberechtigung einzuräumen.

Gewiß haben die Deutschen im Reich den ehrlichen Wunsch, in Frieden mit unseren Nachbarstaaten zu leben, auch wenn diese, wie der tschechische, auf unserem Fall aufgebaut sind. Aber die engen wirtschaftlichen Beziehungen, auf die wir leider angewiesen sind, bedürfen der Deutschböhmen als natürlicher Mittler — abgesehen davon, daß ein solches wirtschaftliches Zusammenarbeiten für uns so lange unmöglich ist, wie der tschechische Staat unseren Volksgenossen gegenüber sich so feindselig erweist wie bisher.

Wenig glaubhaft erschien deshalb auch die Nachricht, die vor einigen Wochen durch die deutschfeindlichen Blätter ging, daß Herr Tusar die Absicht habe, reichsdeutsche Tagesschrift-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192109081-16/fragment/page=0001

Heller aus allen Parteilagern zu einer sommerlichen Studienreise in die Tschechoslowakei zu laden, deren beträchtliche Kosten der tschechische Staat zu übernehmen gedenke. Ob diese Absicht, die von großem Vertrauen auf die tschechische Beeinflussungskunst zeugen würde, der Ausführung näher gerückt ist, ist mir unbekannt. Sicher ist, daß den Teilnehmern an dieser Lustfahrt vor lauter festlichen Empfängen und üppigen Gastmählern kaum Gelegenheit zu eigener Beobachtung gegeben würde. Sicher ist vor allem, daß eine solche Reise von unseren unter Bruch von Recht und Gesetz vergewaltigten und immer mehr in ihrem Lebensspielraum eingeengten deutschen Brüdern als ein Peitschenschlag ins Antlitz des Deutschtums der Sudentenländer aufgefaßt würde. Auf keinen Fall würden diese Herren die Wahrheit über die Zustände im Tschechenstaat, auf die wir im Reiche ebenso Anspruch haben wie unsere Volksgenossen drüben, erfahren, denn der organisierte tschechische Weltbetrug fürchtet nichts so sehr wie die Wahrheit.

Das Deutschtum in der Tschechoslowakei

Wenn man wirklich ein richtiges Bild von den Verhältnissen jenseits der Grenze erhalten und so dem Wahlspruch Masaryks „Die Wahrheit siegt" Geltung verschaffen will, dann muß man als schlichter Reisender, sozusagen incognito, das Gebiet durchstreifen und dien einfachen Leute in Stadt und Land nach ihren Leiden und Wünschen fragen. Auf diese Weise, unter möglichster Vermeidung der politischen Führer, die nach Angabe der tschechischen Regierung als radikale Schreihälse die friedliebende deutsche Bevölkerung verhetzen, habe ich vier Wochen im Lande zugebracht. Was ich von der deutschen Not erfahren, will ich einfach und sachlich berichten. Es ist übrigens erstaunlich, wie wenig wir im Reich über diese Dinge wissen, ungewohnt und zum Teil sogar unfähig, die völkischen Belange in den Vordergrund zu stellen, verehren wir, wenigstens in den protestantischen Gegenden, z. B. immer noch Hus, der ein glühender Eiferer gegen alles Deutsche war, als Vorläufer Luthers, erblicken wir in den Hussiten fromme Glaubenshelden, während sie doch in Wirklichkeit von deutschem Blut rauchende Mordbanden waren, die das Deutschtum in manchen Gegenden Böhmens für lange Zeit oder gar für immer ausrotteten.

Auf den Trümmern des alten Oesterreich ist durch das Friedensdiktat von St. Germain statt des Nationalstaates, den die Tschechen seit Jahrhunderten anstrebten, zwangsweise ein neuer Nationalitätenstaat mit über 13 Millionen Einwohnern geschaffen worden, von denen nicht einmal die Hälfte aus Tschechen besteht. Auch die Angliederung von 2 Millionen Slowaken, die mit den Ländern der Wenzelkrone nie in irgendwelcher Gemeinschaft gestanden und trotz ihrer Stammverwandtschaft ihre eigene Sprache, Kultur und Tradition besitzen, hat die Lage nicht verbessert. Dazu hat man noch vier Völker ohne sie zu fragen, ja gegen ihren Willen, in diesen Staat hineingepfercht: ¾ Millionen Magyaren, ½ Million Ukrainer, mehrere Hunderttausend Polen, und vor allem 3½ Millionen Deutsche. So ist durch das Schwert der „Sieger" ein Zwangsverband entstanden, der auf wesentlich kleinerem Gebiete und unter weit ungünstigeren wirtschaftlichen Bedingungen alle Schäden des vielgelästerten österreichischen aufweist und sogar der bindenden Kräfte entbehrt, die jenen solange zusammengehalten haben.

Das Hauptziel der tschechischen Politiker ist — koste es, was es wolle — aus diesem Nationalitätenstaat einen Nationalstaat zu machen, was ihnen besonders den Deutschen gegenüber durch deren höhere Kultur und große Zahl erschwert wird, gibt es doch in der tschechischen Republik mehr Deutsche als Dänen in Dänemark, als Griechen in Griechenland. Dazu kommt, daß die Deutschen nicht etwa, wie die Tschechen vorgeben, mit ihnen durcheinander gemischt, sondern in der weit überwiegenden Mehrheit in vollkommen geschlossenen Siedlungsgebieten beisammen wohnen. Die Sprachgrenze verläuft so scharf, daß der Uebergang vom rein tschechischen ins rein deutsche Sprachgebiet im allgemeinen jäh und ohne gemischtsprachige Zone erfolgt. So zählte nach der amtlichen Volkszählung 1910 — die Ergebnisse der letzten sind noch nicht veröffentlicht —, um nur ein Beispiel herauszugreifen, der Bezirk Dauba, durch den man kommt, wenn man von Tetschen nach Prag fährt, unter 13613 deutsch sprechenden Bewohnern nur 97 tschechisch sprechende, der südlich anschließende Bezirk Melnik neben 42892 Tschechen nur 72 Deutsche. Nur 12 Prozent der Deutschen siedeln im tschechischen Gebiete zerstreut, und auch da meist in eigenen Sprachinseln, während vom tschechischen Volk gar nur 2 Prozent vom Hauptsprachgebiet abgesprengt leben. Ferner besteht zwischen den im beiderseitigen geschlossenen Sprachgebiete verstreuten andersprachigen Minderheiten der Unterschied, daß die deutschen altgesessene, hauptsächlich städtische Siedlungen sind, wie in Brünn, Prag, Budweis, Pilsen, während es sich bei den tschechischen um Arbeiterminderheiten, hauptsächlich im nordwestböhmischen Kohlengebiet von Brüx, Dux und Teplitz handelt, die erst in den letzten Jahrzehnten des industriellen Aufschwungs in die deutschen Gebiete zugewandert sind und in nationaler Hinsicht den Arbeitsorten ebensowenig zugerechnet werden können, wie die Polen dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet.

Das geschichtliche „Recht" der Tschechen

Die reindeutschen Sprachgebiete an der Grenze, die mit der Hauptmasse des deutschen Volkes im Norden, Westen und Süden, mit Schlesien, Sachsen, Bayern und Niederösterreich, zusammenhängen, und das tschechische Gebiet wie zwei langgestreckte Fangarme umfassen, werden von den Tschechen entweder als „gemischtes Sprachgebiet" oder als „eingedeutschtes Randgebiet" bezeichnet. Sie wollen damit den Anschein erwecken, als ob diese Gebiete alter tschechischer Besitz und erst in neuerer oder gar neuester Zeit durch den österreichischen Obrigkeitsstaat, dem ja nichts ferner lag, gewaltsam germanisiert worden seien.

Trotzdem die Wissenschaft die tschechischen Geschichtsfälschungen, die dazu dienen sollen, geschichtliche Rechtsansprüche auf dieses deutsche Land zu begründen, schon seit langem endgültig zurückgewiesen hat, wiederholen die Tschechen auch weiterhin die Behauptung, sie seien die Urreinwohner, die Deutschen seien nur als Eindringlinge in das Land gekommen. Das Gegenteil ist richtig. Schon zu Beginn unserer Zeitrechnung hat der Markomannenkönig Marbod nach Vertreibung der keltischen Boier ein gewaltiges germanisches Reich in Böhmen aufgerichtet. Erst mehr als ein halbes Jahrtausend später, nach Abwanderung dieser Stämme, kamen die Slawen und besetzten das Moldau- und Elbetal, den fruchtbaren Boden in der Mitte des Landes, der der Arbeit des Ackers reichen Ertrag versprach. Sicher ist, daß in den Randgebieten Germanen zurückblieben, und als später im 12. Jahrhundert deutsche Bauern vom Maintal, aus Oesterreich und Bayern dorthin kamen, da haben sie nicht eine bereits ansässige tschechische Bevölkerung verdrängt, sondern sie haben die dichten Urwälder im Gebirge, die lange als Grenzwälle unterhalten wurden, gerodet und auf friedliche Weise der Kultur erschlossen. Aber auch in die Städte des Tieflandes sind die Deutschen nicht als Eindringlinge gekommen, sondern gerufen von den böhmischen Königen.

Als während der Hussitenkriege das frühzeitig geweckte leidenschaftliche völkische Empfinden des tschechischen Volkes sich in heftigem Haß gegen alles Deutsche entlud, da wurden zwar viele blühende deutsche Städte im Innern des Landes gewaltsam tschechisiert, aber in den Städten der Grenzstriche und überall, wo der deutsche Bauer geschlossen siedelte, versagten Feuer und Schwert, bewährte das bodenständige, tiefeingewurzelte deutsche Volkstum trotz schwerster Prüfungen seine unverwüstliche Kraft bis zum heutigen Tage.

Nur deutsche Ahnungslosigkeit und harmlose Gemütlichkeit kann übersehen, daß die ganze Geschichte Böhmens ein Krieg gegen das Deutschtum ist, daß dem Tschechen der Haß gegen alles Deutsche als erste Volkstugend gilt, daß sie keinen Landfrieden wollen, sondern Vertreibung oder Vernichtung der Deutschen. Man hat gesagt, die Deutschen hätten durch kluge Güte das Böse besiegen sollen; aber wie soll Versöhnung herrschen, wenn ein Teil der Streiter sie nicht will und dem anderen die Lebensmöglichkeit versagt?

Es wäre eine schöne Aufgabe für die neue Republik gewesen, durch den Geist der Versöhnung und weiter Gerechtigkeit die Deutschen, die nicht freiwillig in diesen Staatsverband eingetreten sind, die aber ein staatserhaltendes Element darstellen und die intelligentesten, arbeitswilligsten und ordnungsliebendsten Schichten bilden, zu guten tschechoslowakischen Staatsbürgern deutscher Nationalität zu machen. Das Gegenteil haben die Tschechen in ihrem Siegesrausch getan. Ihre jetzige Politik ist nicht auf das objektive Recht, sondern auf nationalen Chauvinismus gegründet. Es ist möglich, daß die Führer das einsehen, aber sie wären, selbst wenn sie wollten, nicht imstande, die Geister, die sie gerufen, wieder loszuwerden.

Irland vor der Entscheidung

Vor neuen kriegerischen Ereignissen?

w. London, 7. September.

Das britische Kabinett tritt heute in Inverneß zusammen um die letzte Antwort De Valeras auf das Angebot der britischen Regierung zu erörtern. Den Blättern zufolge wird Lord Curzon wegen einer Unpäßlichkeit nicht an der Kabinettssitzung teilnehmen können.

Laut „Daily Chronicle" ist die Stellung des Kabinetts klar. Verhandlungen könnten nicht stattfinden, bis die Sinnfeiner den Traum der Lostrennung aufgegeben hätten. Dies müßte ohne weitere Verzögerung geschehen. Der Notenaustausch könnte nicht endlos weitergehen. Der Berichterstatter des Blattes meldet, in den Kreisen des britischen Kabinetts herrsche eine sehr ernste Auffassung über die Note De Valeras. Es werde für wahrscheinlich gehalten, daß ein neuer Versuch unternommen werde, an eine Konferenz mit den Sinnfeinern zu treten, die praktische Ergebnisse zeitigen könne.

Der politische Berichterstatter der „Daily Mail" meldet aus Inverneß, es werde den Sinnfeinerführern eine kurze Spanne Zeit gewährt werden, in der sie endgültig erklären müßten, ob sie in eine Konferenz auf der in dem Angebot der britischen Regierung niedergelegten Grundlage einzutreten gewillt seien. Die Regierung werde bestimmt die gesamten Fragen dem Parlament unterbreiten, bevor sie die Repressionspolitik in Irland wieder einführe. Sie würde es vielleicht sogar vorziehen, die Frage dem Lande zu unterbreiten. Die Möglichkeit von Neuwahlen im Herbst sei unter diesen Umständen keineswegs ausgeschlossen. Lloyd George hege aber immer noch die ernste Hoffnung, da die Sinnfeiner jetzt die Gefahren einer weiteren Verzögerung einsehen würden.

Der parlamentarische Ausschuß des Gewerkschaftsausschusses und der nationale Vollzugsausschuß der Arbeiterpartei haben gestern in Cardiff in einer gemeinsamen Sitzung ein Telegramm an Lloyd George über die irische Krisis beschlossen, in dem erklärt wird, es müßten jetzt neue Schritte getan werden. Die britische Regierung müßte die Vertreter des irischen Volkes zu einer Konferenz einladen. In der Entschließung wird nachdrücklich erklärt, daß der Krieg mit den Sinnfeinern niemals die Genehmigung des britischen Volkes erhalten würde. Die Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung des Landes müßte auf Gewalt zurückgreifen, bis zum Aeußersten Widerstand leisten und auf der sofortigen Einberufung einer Friedenskonferenz bestehen.

De Valera erklärte in einer Ansprache, die britischen Staatsmänner böten Irland zweitklassige Margarine für Butter an und seien verdrießlich, daß Irland sie nicht annehme. Er fuhr fort: Die englische Presse frage, ob wir Frieden wünschen. Wir haben ihn gewünscht und wünschen ihn sehnlichst. Aus diesem Grunde lehnen wir es ab, die Dinge anders zu sehen als sie sind. Der Frieden kann niemals auf Vorspiegelungen gegründet werden. Laßt uns jede Verstellung und Heuchelei vermeiden. Wenn England ein Ultimatum ergehen lassen will, laßt es ein Ultimatum sein. Kein Vorwand wird verbindern, daß die Gewalt als das erkannt wird, was sie ist. Die natürlichen Kräfte gemeinsamer Interessen würden Irland und Großbritannien zu freiwilliger Zusammenarbeit gebracht haben, wenn die regierenden Staatsmänner nicht durch verwünschte Kunstgriffe unübersteigliche Schranken gezogen hätten, welche die Vorschläge der britischen Regierung aufrecht zu erhalten sich bemühen. Wir kämpfen für die Gründung einer natürlichen Union. Jeder, der Großbritannien und Irland als Freunde zu sehen wünscht, wird helfend eingreifen.

Eine amtliche Montagszeitung in Spanien. Nach Meldung der „Information" aus Madrid erscheinen in Spanien an den Montagen wegen des wöchentlichen Ruhetages keine Zeitungen mehr. Die Regierung hat deshalb gestern die erste Nummer eines amtlichen Berichtes herausgegeben, der jede Woche erscheinen und in ganz Spanien umsonst verteilt werden wird.

Rose Ferron

27] Roman von Liesbet Dill, Halle a. S.

(Nachdruck verboten.)

„Sie werden doch heute nicht ins Kasino gehen," sagte Frau Fenz, „Hauptmann Börner hat ein neues Drama geschrieben und trägt es sicher heute vor, das ist öd und das Essen Schlangenfraß." Sie bestellte Schnecken, dazu einen Chablis, den sie ihn nachher bezahlen ließ, und stellte mit „ihrer Freundin", der dicken Wirtin, Madame Maturin, am Büfett ein langes Menü zusammen.

Um einen Fremden zu orientieren, gab es keine bessere Berichterstatterin wie Frau Fenz. Sie wußte das Schicksal jedes seiner Kameraden im voraus, charakterisierte alle, sagte diesem den Zylinder voraus, jenem eine glänzende Karriere, den Bankrott oder ein baldiges Ende im Hospital. Auch über ihre Frauen oder Geliebten wußte sie Bescheid. Obwohl die Regimentsdamen nicht mit Frau Fenz verkehrten, sie drang hinter die Gardinen der Familien. Und da niemand auf Frau Fenz Rücksicht nahm, nahm sie auch keine auf andere und sprach offen aus, was sie dachte. Und sie kam auch auf Malzahns.

Wilczeck saß stumm dabei. Er fühlte sich von diesen sich überstürzenden Erzählungen der lebhaften Frau wie von einer lauen Wasserflut übergossen. Als sie hörte, daß er Malzahn Grüße zu bringen hatte, ging sie sofort ans Telephon und sagte sich und den Grafen für den Abend zum Tee an. Rose antwortete, ihr Mann sei zwar verreist, aber sie sei zu Hause.

„So macht man das hier", sagte Frau Fenz, an den Tisch zurückkehrend. „Hier ist man nicht so formumschnürt wie bei Ihnen. Oh, ich habe mich eingelebt. Nie möchte ich wieder hier fort." Sie schilderte ihm die Reize dieses Landes. Sie hatte ein Junggesellenheim, das sie zuweilen tagelang zuschloß, um auf Entdeckungsreisen zu gehen, auf die Suche nach Altertümern, nach Kupferstichen und Kathedralen. Und dazwischen las sie Menschen auf oder schrieb Stimmungsbilder für die Gazette. Sonntags fuhr sie in die Festung ins Theater, einmal in die deutsche Oper, das andere Mal in das französische Theater. Sie protegierte junge Talente und strebsame Schauspieler.

„Ich freue mich nur darauf, Ihnen Frau von Malzahn vorzuführen", sagte sie mit geheimnisvollem Lächeln. „Sie ist die Verkörperung des Westens. Mit allen Vorzügen und Fehlern."

Wilczeck wollte etwas erwidern, aber Frau Fenz schnitt ihm das Wort ab. „Warten Sie nur, Sie voreingenommener Norddeutscher, Sie haben sie noch nicht gesehen."

Niemals war Wilczeck mit einem größeren Vorurteil in ein Haus gegangen, wie in diese einsame Villa — zu dieser Frau, die er schon im voraus haßte — als Verkörperung des Westens. . . .

* * *

Rose begrüßte die beiden Gäste sehr liebenswürdig, besonders Frau Fenz. Sie befand sich in einer freudigen Erregung.

Der neue Gast war ihr vollkommen gleichgültig. Frau Fenz brachte ihr beständig neue Menschen an und stellte sie, wie ihre Kaktusse, auf den Tisch. Wie andere Altertümer ausgruben, schürfte sie nach Menschen und prägte sie wie Münzen.

Der eine sollte wundervoll Cello spielen, der andere mit der Kaiserin von China gespeist haben — oder Sonette dichten.

Rose hatte heute von der Großmama ein kostbares Kistchen erhalten.

„Meine alte Dame", sagte sie, „ist auch darin originell, sie hält alles, was sich Großpapa auf seinen Reisen gesammelt hat, ängstlich vor mir verborgen; aber zuweilen öffnet sie das Dach ihres Hauses und wirft daraus irgend etwas über Bord, und das fällt mir dann zu. Sehen Sie dieses Porzellan!" Sie packte vor den beiden eine Porzellanfigur aus dem Seidenpapier und stellte sie auf den Teetisch, der vor das Kaminfeuer gerückt war. Es war eine schokoladetrinkende junge Frau, mit einem Bologneser auf der Schleppe. Das Negligee war mit Streublumen bedeckt, der Teppich in mattem Seegrün mit goldenen Fransen gehalten, die kleinen graziösen Schuhe in Gelb. Alle Anmut und Grazie schien in der Haltung dieser Schokoladetrinkerin verkörpert. Sie sprach von einer von der Welt abgeschlossenen überfeinerten höfischen Kultur geschwiegener Boudoirs, meinte Wilczeck. Rose sah ihn überrascht an, es lag etwas Absichtliches in seinen Worten... Ah, ein Feind... Sie sah ihn zum erstenmal aufmerksam an... Es war selten, daß sie von dieser Seite auf feindliche Abwehr stieß.

Frau Fenz äußerte sich nicht, denn sie hatte diese Figur ja nicht entdeckt. Sie drehte sie um, betrachtete den Stempel und behauptete, er sei nachträglich auf die matte Glasur aufgetragen. Sie zeigte triumphierend eine glänzende Seite des Porzellans, auf der man den Stempel einer ehemals berühmten alten deutschen Fabrik, die seit einem Jahrhundert nichts mehr fabrizierte, aufgeprägt sah.

„Also Fälschung, wie so vieles. Ein Betrug", sagte Wilczeck.

Rose betrachtete diesen Stempel stumm.

„Großpapa hat sich nicht betrügen lassen, in diesen Sachen wenigstens nicht. Er hatte diese Figur in einem Schrank aufbewahrt, den er nur selten vor Gästen öffnete. Er liebte seine Boudoirdame heimlich. Ich bin froh, daß ich sie hier habe." Sie ging gleich, um ihr einen Platz auszusuchen und stellte sie auf ein Stück roten Brokates, den sie unter einem Gobelin hervorzog.

„Verzeihen Sie", sagte sie, an den Teetisch zurückkehrend. Sie schellte dem Diener, um den Tee zu bereiten. „Den Kuchen", erinnerte sie. „Louis, wir können doch keine Rosen essen." Und sie wies auf den Tisch, auf dem zwischen dem Teegerät ein großer weißer Rosenstrauß duftete. Er brachte verschiedene zierliche Körbchen mit Kuchen und feingeschnittene verzuckerte Orangen in einer schweren Kristallschale.

Sie machte die Wirtin, reichte den Tee und die Zigaretten. Man vergaß bei ihr, daß man fremd war und die Themen überstürzten sich. Frau Fenz erhob ihre Stimme und übertönte alle.

Wilczeck sah sich um. Er glaubte noch nie einen mit solchem Geschmack eingerichteten Raum gesehen zu haben wie diese Halle, deren Türen schwere Teppiche von köstlich abgedämpften und doch leuchtenden Farben verdeckten, und deren Kunstgegenstände sich von den Gobelins der Wände wirkungsvoll abhoben. Ueber einer schweren Truhe leuchtete das Bild einer blonden Frau förmlich in das warme dunkle Zimmer hinein. — — Es war eine Generalin Malzahn, sehr tief dekolletiert, mit feinen Schultern, der Büste einer reifen Frau, einem schmalen Hälschen, das eine hohe Perlkette eng umschloß, leuchtend blondem duftigem Haar und ein Paar klugen herrlich blitzenden Augen, aus denen Lebensfreude zu sprühen schien, noch jetzt...

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192109081-16/fragment/page=0002

Auch eine Ausleguug

Die Magdeburger Presse gegen den Polizeipräsidenten

w. Magdeburg, 7. September.

Die drei bürgerlichen Zeitungen Magdeburgs richteten an den Herrn Regierungspräsidenten folgendes Schreiben:

„Am 6. September hatte der Herr Polizeipräsident von Magdeburg die Vertreter der am Orte erscheinenden Tageszeitungen zu einer Besprechung eingeladen, um ihnen zu eröffnen, in welcher Weise er die Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. August 1921 handhaben werde. Der Herr Polizeipräsident kündigte dabei an, daß er die Verordnung des Reichspräsidenten auch auf den Nachrichtenteil der Zeitungen auszudehnen gewillt sei. Zur Begründung seiner Auffassung wies er auf eine von einer bekannten Nachrichtenagentur verbreitete, in einer hiesigen Zeitung erschienene Meldung aus Riga hin (Abschrift in der Anlage), wonach Trotzki in Rußland Gelder sammle, um die Revolution in Deutschland zu unterstützen. Solche Nachrichten, meinte der Polizeipräsident, seien, weil unkontrollierbar, geeignet, die Bevölkerung zu beunruhigen. Deshalb würde er künftighin Zeitungen, die derartige Nachrichten veröffentlichen, unnachsichtlich verbieten.

Die Redaktionen der unterzeichneten Zeitungen erklären im Einverständnis mit ihren Verlagen, daß sie die vom Herrn Polizeipräsidenten damit zum Ausdruck gebrachte Auffassung grundsätzlich ablehnen:

1. weil die angedrohte Maßnahme weit über die Verordnung des Reichspräsidenten hinausgeht,

2. weil die vom Herrn Polizeipräsidenten den Redaktionen zugemutete Nachprüfung der Richtigkeit derartiger Meldungen, namentlich wenn diese aus dem Ausland stammen, völlig undurchführbar ist und auch dem Herrn Polizeipräsidenten selbst unmöglich wäre.

Zu 1. wird noch erklärt:

Die Verordnung des Reichspräsidenten will verhindern, daß staatliche Einrichtungen und Organe in einer den inneren Frieden gefährdenden Weise verächtlich gemacht werden. Dazu kann bei einer Nachricht, wie bei der vorstehenden, selbst wenn sie unzutreffend wäre, keine Rede sein.

Was der Herr Polizeipräsident in Aussicht gestellt hat, ist in Wahrheit nichts anderes als eine Nachrichtenzensur, die ganz unabhängig von der objektiven Richtigkeit der veröffentlichten Meldungen durch die Verordnung des Reichspräsidenten nicht gerechtfertigt werden kann und daher als ein verfassungswidriger Eingriff in die Pressefreiheit zu bezeichnen ist.

Die unterzeichneten Redaktionen erheben Einspruch gegen dieses Vorgehen und ersuchen den Herrn Regierungspräsidenten, den Herrn Polizeipräsidenten anzuweisen, daß er sich streng an die Verordnung des Reichspräsidenten halte. Sie weisen darauf hin, daß sie die verantwortlichen Behörden für jede durch unberechtigte Eingriffe hervorgerufenen wirtschaftlichen Schädigungen in vollem Umfange haftbar machen werden.

Unterzeichnet ist dieser Brief vom Magdeburger General-Anzeiger G. m. b. H., Magdeburger Tageszeitung, Mandeburgische Zeitung.

Die beanstandete Meldung lautet:

„Um jeden Preis Revolution in Deutschland". Aus Riga wird berichtet: In einer Ausschußsitzung der Kommunistischen Partei erklärte Trotzki: „Wir mußten den Kongreß der dritten Internationale auflösen, weil zu wenig Teilnehmer unsere Pläne begriffen haben. Zu unserer Rettung brauchen wir in Europa eine Basis und diese Basis kann nur Deutschland sein, wo wir um jeden Preis eine Revolution hervorrufen müssen. Wir werden bis zum 15. September 820 Millionen in Gold durch erfahrene Agitatoren nach dem Ruhrgebiet, nach Schlesien und Sachsen schicken. Wir sind uns wohl bewußt, daß wir va banque spielen, wir konnten aber nicht anders handeln."

Noske gegen Demonstrationsumzüge

w. Hannover, 7. Sept.

Der Oberpräsident von Hannover, Noske, hat auf Grund des § 4 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. August Demonstrationsumzüge von einem Ort zum andern im Bereiche der Provinz Hannover verboten, da in der letzten Zeit dabei Gewalttätigkeiten gegen Sachen und Personen verübt worden seien und für die Zukunft befürchtet werden müßten.

*

w. Leipzig, 7. Sept.

Die von der Deutschen Volkspartei für gestern abend angesetzte Sedanfeier, bei der der Reichstagsabgeordnete Dr. Mittelmann sprechen sollte, wurde polizeilich verboten.

Baldiger Schiedsspruch des Völkerbundrats

Deutschland wird „befriedigt" sein!

w. London, 6. September.

Der Berichterstatter der „Westminster Gazette" meldet, die vom Völkerbundrat mit der Berichterstattung über die oberschlesische Frage betrauten vier Mitglieder würden wahrscheinlich ihren Bericht bis zum 10. September fertig haben. Es könne nun jetzt erklärt werden, daß der Völkerbundrat in der oberschlesischen Frage eine Entscheidung treffen werde, die weder in Uebereinstimmung mit dem britischen Vorschlage, noch mit dem französischen sei, und daß er ganz unabhängig vorgehen werde. Die Entscheidung des Rates solle nach dem Berichterstatter sowohl Polen wie auch Deutschland, und vor allem der oberschlesischen Bevölkerung Befriedigung gewähren.

Die Tagung des Völkerbundes gibt einem Teile der französischen Presse Anlaß zu mancherlei Kombinationen über die Behandlung der oberschlesischen Frage im Völkerbundrat. Daß die mit der Bearbeitung eines Gutachtens betrauten neutralen Mitglieder des Völkerbundes beabsichtigen, im Laufe der nächsten Tage auch je einen Vertreter der deutschen und der polnischen Bevölkerung Oberschlesiens zu hören, mag zutreffen, und der Luft gegriffen scheint dagegen die Meldung zu sein, daß der Völkerbundrat sich schlüssig geworden sei, die oberschlesische Frage an die Vollversammlung des Völkerbundes zu verweisen, wenn es ihm nicht gelingen sollte, zu einem von allen Mitgliedern des Rates einstimmig gutgeheißenen Schiedsspruch zu kommen. Es ist um so weniger wahrscheinlich, als die Mitglieder des Oberrates seinerzeit von vornherein auf die im Völkerbundsrat für dessen Beschlüsse geforderte Einstimmigkeit ausdrücklich verzichtet haben. — Um eine minder mühsame Kombination dürfte es sich handeln, wenn der „Intransigeant" sich aus Genf melden läßt, daß man in den kompetenten Kreisen mit einer Teilung des Industriedreiecks auf Grund der Sforzaslinie rechne.

b. Paris, 6. September.

In dem Völkerbunde nahestehenden Kreisen verlautet, daß die vier Mitglieder des Völkerbundsrates, die damit beauftragt sind, den Bericht über die Aufteilung Oberschlesiens vorzubereiten, hätten neuerdings das Projekt einer Internationalisierung ins Auge gefaßt. Es soll sich darum handeln, aus dem Industriegebiet einen neutralen Staat zu machen, der unter die Oberaufsicht des Völkerbundes gestellt werde, ähnlich wie es augenblicklich mit dem Saargebiet der Fall sei. (Von einem solchen Plane wurde schon früher gesprochen. D. Red.) Im Völkerbunde machten sich allerdings starke Strömungen gegen eine solche Lösung bemerkbar. Man dürfe nicht vergessen, daß sich der Oberste Rat darauf beschränkt habe, die Ansicht des Rates des Völkerbundes über die Grenzlinie zwischen Deutschland und Polen zu erbitten. Der Rat des Völkerbundes würde also die Grenzen, die in dem Brief Briands gezogen wären, bedeutend überschreiten. Eine Lösung in dem erwähnten Sinne würde die Grundlage des Vertrages von Versailles erschüttern, der keineswegs eine internationale Verwaltung für Oberschlesien ins Auge fasse.

Halle und Umgebung

Halle, 9. September.

Das Steuerrecht der Gemeinden

Die Forderungen des Städtetages.

Die Vorstandssitzung des deutschen und preußischen Städtetages hat auf der Grundlage der Beratungen und Beschlüsse des Finanzausschusses, über die wir bereits kurz berichtet haben, eine Entschließung angenommen, die der Steuerpolitik des Reiches zum Vorwurf macht, sie lege die Wirtschaft der deutschen Gemeinde lahm. Das Reich habe den Gemeinden die sofortige Erstattung ihrer Kriegsausgaben versagt und ihnen dafür die Aufbringung von Anleihen zu einem Zeitpunkt überlassen, wo der Markt für Gemeindeanleihen stilliegt. Das Reich habe den Gemeinden die Zuschläge zur Einkommensteuer genommen, ihnen nachträglich sogar die Besteuerung des reichssteuerfreien Einkommens wieder entzogen, obwohl die Gemeinden ihren Haushalt schon darauf eingestellt hatten, und dabei zu gewaltigen Mehrausgaben für Gehälter und Löhne gezwungen sind, deren Deckung ihnen vom Reich und den Ländern verweigert wird. Die Fortführung solcher Politik müsse notwendig zum Zusammenbruch von Gemeinden führen.

Der Vorstand des Städtetages erhebt daher folgende Forderungen:

1. Wiederherstellung des Zuschlagsrechtes der Gemeinden bei der Einkommensteuer; wenn sie nicht durchführbar ist, Erhöhung des Anteils der Gemeinden an der Reichseinkommensteuer.

2. Festsetzung des Anteils der Gemeinden an der Körperschaftssteuer in demselben Verhältnis, wie bei der Einkommensteuer.

3. Erhöhung des Anteils der Gemeinden an der Umsatzsteuer.

4. Größte Beschleunigung der endgültigen Reichseinkommensteuer-Veranlagung 1920.

5. Berechnung der vorläufigen Gewährleistungssumme (Soll 1919 mit Zuschlag) nach dem Stande nicht von Ende 1919, sondern von Ende 1920.

6. Deckung der neuen Mehraufwendungen für Erhöhung der Gehälter und Löhne.

— **Für die Versammlung der Freunde der Bekenntnisliste** in der Provinz Sachsen ist folgende Tagesordnung aufgestellt: I. Montag, den 12. September, nachm. 2½ Uhr im „Nikolaus" mit Aussprache: 1. Ueberblick über die schon vorbereiteten neuen Kirchenverfassungen. Geh.-Rat Prof. D. Reine-Halle. 2. Bedeutung des Bekenntnisses für unsere neue Verfassung. Pastor Kohlschmidt-Erfurt. 3. Kirche und Schule. Lehrer Lopau-Magdeburg und Studienrat Dr. Koniecki-Erfurt. II. Montag, den 12. September, abends 8 Uhr in der Marktkirche allgemeine Versammlung ohne Aussprache: 1. „Die christusgläubige Bewegung unserer Tage." 2. „Was fordert die neue Zeit von kirchentreuen evangelischen Christen?" Sup. Brecks-Oschersleben. III. Dienstag, den 13. September, vorm 8½ Uhr im Nikolaus mit Aussprache: 1. „Leitung und Selbstverwaltung der Kirche". Geh.-Rat Sup. Böck-Spören. 2. Zusammenschluß der Bekenntnisfreunde. Pastor Caesar-Quedlinburg. Nicht nur Pastoren und gewählte Kirchenvertreter, sondern alle Kirchenglieder sind freundlichst geladen, die in Gesinnungseinigkeit mit den Freunden der Bekenntnisliste die Verfassungsfrage bewegen. Für auswärtige Teilnehmer werden billige und Freiquartiere bereitgehalten. Billiger Mittagstisch wird nachgewiesen. Gegen Einsendung von 1 Mk. ist Tagesordnung mit Leitsätzen zu beziehen. Anmeldungen und Geldsendungen an Lehrer Fritz Sommer-Halle, Wielandstraße 21. Postscheckkonto Erfurt 12 038.

— **„Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit."** Eine ergötzliche Schilderung von kommunistischer „Schlagfertigkeit" (lies: „Solidarität") gibt die hiesige unabhängige „Volkszeitung" im Rahmen eines Berichts über eine am Montag abgehaltene geschlossene Mitgliederversammlung der Handels- und Transportarbeiter, in der zu dem Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses Stellung genommen wurde. Es heißt in der „Volkszeitung" also: „Es kam zur Abstimmung über Annahme oder Ablehnung des Schiedsspruches. Die Mehrheit entschied für Annahme desselben. Das war das Signal zum Ergreifen der Offensive gegen den aus allen kommunistischen Himmeln gefallenen Vorsitzenden, Kollegen Gorges. „Schieber", „Verräter", „bezahlte Lumpen" schwirrten nur so durch die Luft, und letzten Endes reichten die in der Instruktionsstunde der kommunistischen Zellen geübten Stilübungen nicht aus, um den Tatendrang zu stillen. Besonders großzügig veranlagte Revolutionäre griffen zum nächsten Stuhl und schlugen auf Gorges ein. Angeekelt von diesen Exzessen, verließ der größte Teil die Versammlung. Von den eigenen Parteifreunden beschimpft und geschlagen, verließ man den Kampfplatz in dem Bewußtsein, dem Kapitalismus wieder einmal tiefe Wunden geschlagen zu haben. Die Geister, die man jahrelang gerufen, mußten sich eben „auswirken". — Wie sagt doch Klara Zetkin? — „Kommunist sein, heißt ein besserer Mensch sein" . . . .

— **Die französische Sprachvereinigung Halle (Saale)**, gegründet 1903, hielt kürzlich ihre Hauptversammlung in den „Kaisersälen" ab, welche gut besucht war. Neuanmeldungen dort erbeten.

Familien-Nachrichten

Vermählung: Stadtsekretär Arthur Hoppe mit Cäcilie Weibeck.

Todesfälle: Georg Kühl (42 Jahre). — Friederike Stoye geb Hause (62 Jahre). — Hellmut Knapper.

Aus Mitteldeutschland

Kommunistische Ausschreitungen

Frankenhausen (Kyffh.), 7. Sept.

Bei dem Jubiläum des Kriegervereins kam es zu bedauerlichen Prügeleien zwischen Mitgliedern auswärtiger Vereine und hiesigen Kommunisten. Erstere hatten meist ihre Fahnen zum Festzug mitgebracht, durften sie aber dann nicht aufziehen. Als am Abend einige Vereine mit Gesang und offenen Fahnen nach dem Bahnhofe marschierten, versuchten in der Klosterstraße die neuen jugendlichen Volksbeglücker die Einziehung der Fahnen, und als dies verweigert wurde, kam es zu Schlägereien.

Eisenach, 7. September.

In den letzten Tagen rotteten sich wiederholt Hunderte von jugendlichen Personen zusammen und durchzogen demonstrierend verschiedene Straßen. Sie führten Schilder mit sich und sangen internationale Lieder. Wiederholt sah sich die Polizei genötigt, gegen die Demonstranten einzuschreiten.

Braunschweig, 7. September.

Wegen des jüngst in Braunschweig erfolgten Dynamitanschlages sind mehrere Mitglieder der kommunistischen Partei verhaftet worden.

g. **Raßnitz, 7. Sept.** (Die Grummeternte) ist auf den hiesigen Elster- und Luppenwiesen in vollem Gange. Die herrlichen Witterungsverhältnisse begünstigen die Arbeiten und fördern das Trocknen des Grases, so daß die ersten Grummetfuder, aus dem Auengelände kommend, schon geborgen werden konnten. Das Futter ist von prachtvoller grauer Farbe und von guter Beschaffenheit. Leider fällt die Ernte nicht sehr ergiebig aus, indem nur die tiefer gelegenen und zuerst gemähten Wiesen eine Ernte versprechen und auf denen sich das Mähen noch lohnt, während die hochgelegenen und spät gemähten Wiesen einen ganz geringen Grasansatz aufweisen und keine Ernte in Aussicht stellen.

— **Sangerhausen, 6. September.** (Bahnhofsneubauten.) Auf unserem Bahnhofe sollen demnächst umfangreiche Neubauten ausgeführt werden. Für eine Betriebswerkstätte, einen Lokomotivschuppen und ein Wohlfahrtsgebäude wird gegenwärtig die Lieferung der erforderlichen Ziegelsteine ausgeschrieben. Es handelt sich um 650 000 Steine, die innerhalb 20 Wochen zu liefern sind.

— **Göttingen, 7. September.** (Zusammenstoß zweier Güterzüge.) Am hiesigen Bahnhof stieß infolge falscher Weichenstellung ein nach Eichenberg ausfahrender Güterzug mit einem einfahrenden Güterzug zusammen. Personen wurden nicht verletzt, mehrere Wagen sind entzwei und teilweise stark beschädigt. Der Verkehr bleibt aufrechterhalten.

Regimentsfeste sind verboten. Karlsruhe, 6. September. Das Ministerium hat vier in Rastatt geplante Regimentsfeste verboten, weil nach Erfahrungen bei ähnlichen Veranstaltungen die Besorgnis begründet ist, daß diese Versammlungen zu Erörterungen der in § 4 der Reichsverordnung vom 29. August bezeichneten Art mißbraucht werden könnten.

Eine bayerische Aktion für die Kleinrentner. Aus München wird uns gemeldet: Der ständige Ausschuß des Landtages beschloß eine Aktion für die Kleinrentner zu unternehmen. Die bayerische Staatsregierung stellt sich mit 20 Millionen Mark an die Spitze der Aktion.

Kleine Provinznachrichten

Bei einem Einbruch in das Schloß zu Rottleben wurden von den Tätern nur wertvolle Kunstgegenstände mitgenommen, während weniger lohnende Sachen zurückgelassen wurden. * Ein 21jähriger Landwirtssohn in Hohendodeleben brannte nachts das Anwesen seiner Eltern an, weil er von diesen schlecht behandelt wurde. Das Gehöft brannte samt der Ernte nieder. * In Helmstedt ließ sich ein früherer Wachtmeister der Sipo vom Zuge überfahren. * Die Faßfabrik Rudelsburg brannte bei einem Schadenfeuer vollständig nieder, nur das anstoßende Arbeiterhaus konnte gerettet werden. * Bei einem Schaukelbergmügen in Barby stürzte die 16jährige Tochter eines Arbeiters aus der Schaukel und wurde schwer verletzt. * Dem Anhaltischen Staatsrat wurde von der Zuckerfabrik Glauzig eine Geldspende in Höhe von 50 000 Mark für wohltätige Zwecke gemacht. * Das Zentralkomitee zur Linderung der Not in Amerika hat beschlossen, auch die Stadt Eilenburg mit Milch zu beliefern. * Zugunsten der notleidenden Bevölkerung Magdeburgs wurden in Brasilien 17 Kisten Lebensmittel gesammelt. * Auf dem Schulwege nach Gommern wurde eine 13jährige Schülerin von einem 20jährigen Burschen überfallen und vergewaltigt. * In der Konservenfabrik Cöthen wurden große Diebstähle, von Angestellten ausgeführt, aufgedeckt. * Bei Zeitz stieß ein Personenkraftwagen mit einem Lastkraftwagen zusammen, wobei beide Wagen schwer beschädigt wurden.

Notgeldecke

Weimar, die Stadt der Dichter und Denker, hat kürzlich zwei „klassische" Notgeldserien mit je 6 Scheinen herausgegeben, von denen die eine den Wert von 25 Pfennig und die andere von 50 Pfennig hat. Auf der einen Seite ist der Dichterkranz Goethe, Schiller, Herder und Wieland im Silhouettenschnitt wiedergegeben. Außerdem zeigen die Scheine das Goethehaus am Frauenplan, das mit folgenden charakteristischem Spruch versehen ist: Warum stehen sie davor? Kommen sie getrost herein. Ist nicht Thüre da und Thor. Würden wohl empfangen seyn.

Goethe 1828.

Notgeld der Stadt Stuttgart. Nachdem eine ältere aus 5, 20 und 50-Markscheinen bestehende Kriegsgeldserie, die noch in einfacher Form gehalten war, ihre Gültigkeit verloren hat, ist nun eine neue Serie herausgegeben worden. Diese besteht aus drei verschiedenen Fünfzig-Pfennigscheinen, die auf der einen Seite die Wertangabe mit dem Stadtwappen, einem springenden Pferde, tragen, während sie auf der anderen einige historische Bauwerke der Stadt in kunstvoller Ausführung darstellen. So ist auf dem einen dieser Scheine das Rathaus in expressionistischer Farbenzusammenstellung abgebildet, während auf einem anderen das ehrwürdige Alte Schloß mit der Stiftskirche und ferner das Königstor wiedergegeben sind. Die neue Notgeldserie erfreut sich allgemeiner Beliebtheit.

Notgeld-Ausstellung auf der Leuchtenburg

tk. Kahla, 7. September.

Zu der Notgeldausstellung auf der Leuchtenburg die am Sonntag eröffnet wurde, haben über 100 verschiedene Aussteller 78 000 Scheine ausgestellt. Am ersten Tage wurde die Ausstellung von rund 1000 Besuchern besichtigt. Nach einstimmigem Urteil der aus allen Teilen des Reiches erschienenen Sachverständigen, Vertretern von Bürgermeistern verschiedener Städte, von sonstigen Interessenten stellt die Leuchtenburg-Ausstellung die bisher größte und schönste Notgeldausstellung in Deutschland dar. Verschiedene Großstädte haben sich um die Uebernahme der gesamten Ausstellung bemorben. Die Ausstellung bleibt bis einschließlich kommenden Sonntag täglich geöffnet.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192109081-16/fragment/page=0003

Volkswirtschaft

Heute kein Kurszettel!

Während der gestrigen Börse wurde der Beschluß des Börsenvorstandes bekanntgegeben, daß die Feststellung der ersten Kurse um etwa eine Stunde verschoben werden mußte. Der Kurszettel der gestrigen Börse kann daher erst in der Abendausgabe erscheinen.

---

* **Mitteldeutsche Häuteauktion.** (Eigener Drahtbericht der „H. Z.") In der gestern in Leipzig stattgefundenen 33. mitteldeutschen Häuteauktion standen 89 150 Häute und Felle, darunter 81 085 Großviehhäute, in der Hauptsache thüringische, zum Angebot. Der Verkauf setzte lebhaft ein bei flottem Angebot.

Concordia, Chemische Fabrik auf Aktien in Leopoldshall. Nach einer Mitteilung aus Verwaltungskreisen ist es als ausgeschlossen zu betrachten, daß das am 30. Juni 1921 abgelaufene Geschäftsjahr auch nur annähernd ein Ergebnis wie im Vorjahre (30 Prozent Dividende und 45 Prozent Bonus) aufweisen werde, da die vorjährige Sonderausschüttung nur auf die Einnahmen der beiden seinerzeit noch im Besitze der Gesellschaft befindlich gewesenen Kaligewerkschaften Anhalt und Ilberstedt zurückzuführen war. Nach Abstoßung der Kuxe im April dieses Jahres sei das Unternehmen ausschließlich auf die Einnahmen aus seinem chemischen Betriebe angewiesen. Dieser verfüge zurzeit zwar über einen reichlichen Beschäftigungsgrad zu lohnenden Preisen, indessen dürften die Einnahmen kaum eine höhere Dividendenausschüttung als im Vorjahre gestatten. Die Vermutungen der Börse, daß die Gesellschaft demnächst zu einer Kapitalserhöhung werde schreiten müssen, erscheine zurzeit zum mindesten verfrüht, da diese Frage noch völlig ungeklärt ist.

Berliner Börsenberichte

Berliner Börse. Die Kaufaufträge hatten sich nach dem gestrigen Ruhetage bei Beginn der heutigen Börse wieder derartig angehäuft, daß der Börsenvorstand den Beginn der amtlichen Notierungen um eine halbe Stunde hinausschieben mußte. Trotzdem ergaben sich bei der Feststellung der Kurse beträchtliche Schwierigkeiten. Der stürmische Kaufandrang war auch heute wieder hauptsächlich durch die „Flucht vor der Mark" hervorgerufen. Der ungünstige Reichsbankausweis hat in dieser Richtung ungünstig nachgewirkt. Die einzelnen Kurssteigerungen überschritten in einigen Fällen die gewohnten Grenzen, wo Abgeber fehlten. Anderseits waren aber auch — namentlich in unnotierten Werten — erhebliche Kursherabsetzungen zu verzeichnen, weil die berufsmäßige Spekulation in größerem Umfange Gewinnsicherungen vornahm, in der Erwartung, daß, wie wir an anderer Stelle berichten, die nächste Effektenbörse erst am Montag, den 12. d. M., stattfindet. Der Verkehr nahm bei ungewöhnlich starkem Börsenbesuch einen bewegten und unregelmäßigen Verlauf. Mit den amtlichen Notierungen war bei Redaktionsschluß kaum der Anfang gemacht. — Am Montanmarkt stand durchschnittlichen Kurserhöhungen von etwa 20 Prozent (Gelsenkirchen + 70 Proz.) ein Preisrückgang von Thale um 125 Proz. gegenüber. Von den Elektrizitätsaktien gewannen Bergmann 44 Proz., Felten und Guilleaume 40 und Gebr. Körting 30 Proz., während A. E. G. sich 24 Proz. abschwächten. Chemische Werte lagen fest, namentlich Anilin-Aktien. Das gleiche gilt von Kali-Aktien. Unter den Sonderwerten gingen u. a. Schwartzkopff 26 Proz., Gasmotoren Deutz 90 Proz. und Stettiner Vulkan 15 Proz. in die Höhe. Dagegen gaben Gebr. Böhler 45 Proz. und Deutsche Waffenfabrik 55 Proz. nach. Deutsche Petroleum-A.-G. 1140 bis 1100, Internationale Petroleum-Union 1310 bis 1350. Kolonialpapiere steigend. Deutsche Kolonialanteile 10 100, Pomona 4050. — Inländische Anleihen verloren Bruchteile eines Prozents. Von den fremden Renten wurden Ungarische Anleihen billiger angeboten. Unter den Eisenbahnaktien erzielten Schantung einen sprunghaften Preisgewinn. Schiffahrtpapiere wiesen im allgemeinen unbedeutende Schwankungen auf. Bankaktien zogen kräftig an, an erster Stelle Dresdner und Diskonto-Kommandit. Der Eisenmarkt zeigte soweit sich bei Redaktionsschluß übersehen ließ, eine geteilte Haltung.

Produktenbericht. Berlin, 7. September. Der Produktenmarkt zeigte eine etwas festere Haltung für spätere Lieferung, als Roggen und Hafer sich kauflustig zeigten wurden etwas höhere Forderungen bewilligt. Von Weizen war promte Ware auch nach den Provinzen und Süddeutschland gut unterzubringen, weil dort höhere Preise als bei den Berliner Mühlen zu erzielen sind, war letzteres auch für Roggen der Fall. Sommergerste war nur in guter und milder Ware verkäuflich. Hafer war auch für nahe Ware gefragt. Mais war stärker infolge der Devisenpreise. Weizenmehl war nur schwer verkäuflich. Roggenmehl blieb ohne Geschäft. Kleie war fester. Hülsenfrüchte veränderten sich wenig. Für Futterstoffe herrschte lebhafter Verkehr.

Berliner Produktenmarktpreise.

Berlin, 7. September.

Amtliche Notierungen **für 1 Doppelzentner** ab Station
Weizen, meckl. 402–406, märk. 402–410, stetig.
Roggen, märk. 328–334, bahnlagernd ab Berlin **334, matter.**
Sommergerste 440–470, Wintergerste 374–382.
Hafer, märk. 344–350,
Mais, la Plata prompt ab Hamburg 298, Okt./Jan, 294–298, ohne Provenienzangabe Okt./Jan. 290–292.
Weizenmehl 590–660, Roggenmehl 405–450.
Weizenkleie 230–240, Roggenkleie 240–250.
Raps 575–585. Rübsen, 5 Mark unter Raps.

Victoriaerbsen	560–590	Lupinen, blaue	170–190
Kleine Speiseerbsen	410–460	Lupinen, gelbe	190–220
Futtererbsen	340–360	Rapskuchen	240–265
Peluschken	–	Leinkuchen	390–395
Wicken	–	Serradella	220–300
Ackerbohnen	–		

Trockenschnitzel prompt 240–260.

Nichtamtliche Notierungen:
Weizenstroh drahtgepreßt 18–19.
Haferstroh drahtgepreßt 22–24, Stroh seilgebündelt 16–17, Langstroh seilgebündelt 18–19.
Wiesenheu, gut, gesund und trocken, 64–69, gesund und trocken, 50–55, Kleeheu 81–90, alles ab Stationen.

Devisen-Notierungen

Berlin, 7. Sept.

	Geld	Brief		Geld	Brief
Amsterd.-Rottd.	2957,–	2963,–	Paris	717,75	719,25
Brüss.-Antwerp.	703,25	704,75	Schweiz	1605,35	1608,65
Christiania	1216,25	1218,75	Spanien	1223,75	1226,25
Kopenhagen	1638,35	1641,65	Wien (altes)	–,–	–,–
Stockholm	2001,95	2006,05	Oesterr. abgest.	9,83	9,87
Helsingfors	127,60	127,90	Prag	112,61	112,90
Italien	406,05	406,95	Budapest	22,27	22,33
London	348,15	348,85	Poln. Mark	–,–	
New-York	94,02½	94,22½			

Berliner Metallnotierungen.

Berlin, 7. Sept. Preise für 100 kg in Mark.

Raffinade-Kupfer 99–99,3 %	2350/–	Zinn (Banca-Straits-Austral)	5650/
Orig.-Hütten-Weichblei	860/870	Hüttenzinn (mind. 99%)	/5500
Orig.-Hütten-Rohzink im freien Verkehr	860/880	Reinnickel (98-99%)	5000/5100
Remelted-Platten-Zink	650/660	Antimon (Regulus)	/875
Orig.-Hütten-Alumin. 98-99% (in gekerbten Blöckchen)	3450	Silber in Barren, ca 900 fein für 1 kg	1610/1620
Orig.-Hütten-Alumin. (in Walzdraht od. Drahtbarren)	3575	Elektrolytkupfer p. 100 kg	2581
		Original-Hütten-Rohzink ab oberschl. Hütte	–
		Preis des Zinkhüttenverbandes	–

Badische Anilin- und Sodafabrik in Ludwigshafen — Farbenfabriken vorm. Friedr. Bayer & Co. in Leverkusen. In den Prospekten über die zum Handel an der Berliner Börse zugelassenen 220 Mill. M. neuen Aktien beider Gesellschaften heißt es: „Der Absatz war während der ersten Monate d. J. zwar nicht unwesentlich schwächer als im Vorjahre, aber doch in Anbetracht der schwierigen Verhältnisse nicht unbefriedigend. Die weitere Gestaltung des Geschäfts wird von der künftigen Entwicklung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse abhängen, die gegenwärtig völlig unübersichtlich sind. (Beide Gesellschaften verteilen für das Vorjahr je 20 Prozent Dividende.)

Erhöhung des Eisenpreises. Der Deutsche Eisenhändlerverband in Düsseldorf hat mit Wirkung ab 1. September seine Lagerpreise für B-Produkte um 10–30 M. pro 100 Kilogramm je nach Sorten hinaufgesetzt. Es kosten jetzt Stabeisen und Universaleisen 290 M., Grobbleche 280 M., Mittel- und Feinbleche 330 M., Bandeisen 330 M., alles für 100 Kilogramm.

Die Braunkohlen- und Chemische Industrie-Akt.-Ges. hat sich durch Erwerb von mehr als der Dreiviertel-Majorität der Kuxe der Gewerkschaft Hassia auf sich vereinigt, den Besitz der Kuxe der Gewerkschaft Hazla auf sich vereinigt, den Besitz der „Wellmitzer Braunkohlenwerke gesichert. Letztere verfügen über ein 50 Millionen Quadratmeter (25 Maximalfelder) umfassendes Braunkohlenvorkommen, das in seinen oberen Ablagerungen durchgängig aus bitumenhaltiger Humuskohle besteht. Das Aktienkapital der Gesellschaft ist in Verbindung hiermit sowie zwecks Steigerung des Grubenbetriebes [...] 1 Million M. auf 7¼ Million M. erhöht worden.

* **Die Leipziger Firmen Türmer u. Neumann** (Hallenba[...] **G. m. b. H.**, wurden, nach einem eigenen Drahtbericht, [...] einem Aktienunternehmen unter der Firma Türmer u. Ne[...] mann A.-G. gemacht.

Eilenburger Metallwerke, A.-G. in Eilenburg. Unter diese[...] Namen wurde eine neue Gesellschaft mit einem Kapital [...] 3¼ Mill. Mark gegründet. Aufsichtsratsvorsitzender ist Fabri[...] ingenieur Max Alverdes in Hamburg.

Leipziger Notierungen

Leipzig, den 7. Sept.

Chemnitzer Bankverein	228,–	Leipziger Malzfabrik	–,–
Leipziger Hypotheken-Bank	160,–	Mansfelder Kuxe	6950,–
Mitteldeutsche Privatbank	–,–	Oelsnitzer Kuxe	1500,–
Cröllwitzer Papierf.	570,–	Pittler, Leipzig	625,–
Glauziger Zuckerfbr.	1050,–	Preblitzer Stamm-A.	–,–
Gr. Leipziger Straßenbahn	5,50	„ Prioritäts-Akt.	–,–
Hallesche Zuckerraff.	700,–	„ „	–,–
Portland-Zement	–,–	Riebeckbier	405,–
Hugo Schneider, Paunsdorf	525,–	do. Vorzugsaktien	115,–
Körbisdorfer Zukerf.	730,–	Rositzer Zuckerfabr.	750,–
Leipziger Kammgarnspinnerei	950,–	Rudelsburger Zementfabrik	505,–
		Sachsenwerk	535,–
		Sondermann & Stier	479,–
		Stöhr & Co.	1345,–
		Zimmermann, Halle	440,–
		Zimmermann, Chemnitz	450,–

H. Z.-Sportberichte

Turf am Alltag

Lassen wir es dabei, wenn der Herbst über dem Geläufe liegt, ist die beste Zeit für den Rennsport gekommen. Für alle, die dabei beteiligt sind: für Pferde und Jobber und Sportsleute jeder Art. Sie alle wissen, daß es bald vorbei sein wird mit Aufgalopp und Hürdensprüngen, mit Drängeln am Toto und Spazierenführen neuester Modetypen. Der Renntag, und wenn er bald der letzte ist, muß daher zusamenfassen, was der Sommer übrig ließ an Sport und an Möglichkeiten auf und vor der Tribüne zu sehen und zu zeigen, wie man sich anzieht. Für viele ist ja eben ein solcher Tag ein ebenso wichtiges gesellschaftliches, wie sportliches Ereignis.

An Sport? — Der Schlußtag des zweitägigen Meetings, veranstaltet vom Sächsisch-Thüringischen Reiter- und Pferdesportverein, brachte dann auch einen unerwartet anregenden Sport und äußerst interessante Felder an den Start. Während die ersten Rennen, das Elstertal-Rennen, das Jünger-Jagdrennen, sowie der Preis von Altefeld, hinsichtlich Nennung und Abwicklung als über dem Durchschnitt stehend anzusehen waren, brachte das Hauptereignis des Tages, der Herbst-Ausgleich, bei sehr schwachem Feld die denkbar größte Bewegung in die Besucherschar. Der Ausgang des letzten Rennens sah schließlich verschiedene enttäuschte Gesichter. Außerdem hieß das Pferd Reinfall, auf das mancher reingefallen war. Möglich, daß nun etliche abergläubisch geworden sind.

Während man gestern im allgemeinen unter den Rennbahnbesuchern ein gewisses Wohlgefühl feststellen konnte, sich unter herbstlich-blauem Himmel noch einmal — wer weiß denn, wie das Wetter am 25. werden wird — zu ergehen. bot das Gesamtbild der menschenerfüllten Tribünen und Vorplätze doch nicht das, was man sonst an solchen Orten erwartet und gern sieht. Gleichsam wie wenn der Alltag sich nicht übertünchen läßt durch Feiertagskleider und festliche Mienen, war der Gesamteindruck des sonst so bunten Turfbildes nun — nicht über dem Durchschnitt.

Woran das lag? — Mag jetzt gegen Sommersende eine gewisse Uebersättigung eingetreten sein oder mag die führende Mode in ihren unauffälligen Farben und schlichten Linien das bewirkt haben: Es fehlte jeder Anlaß, sich nach dieser oder jenem umzudrehen, und deshalb, meine ich, fehlt doch ein kleines Etwas am gestrigen Renntage. So kam es auch, daß, als sich noch während des letzten Abschiedsrennens schon leichte Nebelschwaden über die Wiese legten, man sich einbildete, es sei an der Zeit, etwas zu frösteln und man sich einredete, der Abschied vom Turf falle unter solchen Umständen nicht allzu schwer.

Wenn man aber an den noch bevorstehenden Renntag dachte, da war man doch froh, daß der Schlußstrich unter die Turfzeit 1921 in Halle noch nicht gezogen war. Ein Tag wird ja noch kommen. . . .

L. H-r.

I. Elstertal-Jagdrennen

3000 Meter.

1. W. Thiedes **Taktfest** (Adolph), 2. L. Becker und J. Pollacks **Gebhard** (Edler), 3. A. Schwipps **Saarfels** (H. Scholz). Tot.: 26, Platz: 13, 13. 1½–10–2. Ferner liefen: Gero, Les Graviers, Silberkugel.

Gero führte das geschlossene Feld fast über die ganze Bahn. Ihm folgte auf den Fersen Gebhard. Nachdem alle Sprünge geschlossen glatt erledigt wurden, übernahm nach der letzten Hürde Taktfest die Führung und konnte als Sieger nach Hause gehen.

II. Jünger-Jagdrennen

3100 Meter.

1. Th. C. Buß' **Mokan** (H. Scholz), 2. H. Pauls **Maral** (Johnson), 3. L. Beckers **Noriela** (Edler). Tot.: 32, Platz: 14, 13. 2–8–¾. Ferner liefen: Halbmond, Adolar, Eljen.

Mokan stürzte bereits beim Aufgalopp zum Start hinter der Tribünenhürde. Eljen brach nach Ablauf von der Bahn, kam außerdem vor dem Fliederbusch zu Fall, während Mokan gemeinsam mit Maral die Führung übernahm. Da er stark angefaßt wurde, konnte Mokan als Erster durchs Ziel gehen.

III. Preis von Altefeld

1800 Meter.

1. B. Banks **Palme** (Staudinger), 2. H. Schlutius **Berliner** (Schumann), 3. U. v. Richthofens **Thor** (Unruh). Tot.: 22. Hals–1½.

Der sehr gute Start der drei Pferde brachte ein ebenso gutes Rennen. Während Thor von Anfang an führte, wechselte er die Reihenfolge im letzten Bogen, in dem Thor die Führung an Palme abtreten mußte. Trotz ausgiebigen Gebrauchs der Peitsche seitens Unruhs auf Thor konnte Palme vor Berliner den sicheren Sieg nach Hause führen.

IV. Herbst-Ausgleich

2800 Meter.

1. B. Banks **Wilna** (Staudinger), 2. H. Doheos **Lebensgefährte** (Zimmermann), 3. Graf D. Strachwitz' **Sage** (Unruh). Tot.: 16, Platz: 12, 13. 5–Weile–Weile. Ferner lief: Dalaj Lama.

Lebensgefährte glaubte den guten Start ausnützen zu können und führte das Feld bis zur letzten Geraden über die ganze Bahn. Wilna folgte bald dicht auf, so daß beide Pferde vor dem Einlauf bereits auf gleicher Höhe liefen, bis Wilna hier entschieden aufholte und seinen Nebenmann weit hinter sich zurückließ.

V. Preis von Merseburg

Jagdrennen. 3800 Meter.

1. C. Schwarz' **Granit** (Johnson), 2. Hildebrandt und O. Katz' **Tippel** (Theiler), 3. Jul. Rothschilds **Midham** (Knobel). Tot.: 29. ¾–Weile.

Der Sieger wurde, da er 1½ Kilo zu wenig Gewicht hatte, ohne Einfluß auf die Wetten disqualifiziert, außerdem wegen verschiedenartigen Reitens am Sonntag und heute vernommen.

Während Tippel die Führung nach dem Start nahm, zog sich das Feld in der jenseitigen Geraden auseinander in die Reihenfolge Tippel, Midham, Granit. Als letzter nahm Granit eine Flagge mit. Midham versuchte wiederholt, die Führung zu übernehmen. Granit blieb in Reserve, bis die letzten Sprünge ein geschlossenes Feld zusammenbrachten. Im Einlauf zeigte sich Tippel vor Granit zu siegessicher und mußte letzteren an sich vorbeilassen, so daß dieser als Erster durchs Ziel gehen konnte.

VI. Preis von Ammendorf

1600 Meter.

1. Friedrich Schreibers **Metronom** (Adolph), 2. H. Schlutius' **Sorapis** (Zimmermann), 3. C. Schwarz' **Schneeball** (Preisler). Tot.: 100, Platz: 35, 20, 19. ½–½–5. Ferner liefen: Salas y Gomez, Fra Diavolo, Skalde, Tatarin von Tarascon, Lizzerl.

In diesem am besten besetzten Rennen des gestrigen Tages warf Skalde sofort nach dem Start seinenk Reiter ab. Das Feld lief unter Führung von Sorapis und Salas y Gomez davon, bis vor der letzten langen Geraden Salas y Gomez die Führung an Metronom abtreten mußte, der den Sieg nach hartem Endkampf mit Sorapis und Schneeball davontrug.

VII. Abschieds-Hindernisrennen

2800 Meter.

1. Frau H. Wiehes **Valentine** (Unruh), 2. L. Becker und J. Pollacks **Reinfell** (Edler), 3. U. von Richthofens **Rheingau** (H. Scholz.) Tot.: 102, Platz 40, 24. ½–¾–5. Ferner liefen Czardasfürstin, Kiek in die Welt, Namasos.

Nach dem Start zeigte das Feld ein geschlossenes Bild, mit Ausnahme von Namasos, die sofort abfiel. Da die Geschlossenheit auch weiterhin blieb, darf dieses letzte Rennen als eines der interessantesten des Tages angesprochen werden. Es brachte insofern eine Ueberraschung, als Herrn L. Becker und J. Pollacks stark favorisierter Reinfall schließlich Valentine den ersten Platz lassen mußte.

Rennen zu Krefeld

(Eigener Drahtbericht der „H. Z.")

1. **Preis vom Engelsberg.** 1. Filius (Reiß), 2. Feuerbrunst, 3. Fehlerlos und Ott-Heinrich. Tot.: 45, Platz: 14, 16,6 : 7. Ferner liefen: Molch, Kalauer, Allah, Alraune, Theorie 2, Konsuela, Plate Form 2, Ballspiel. — 2. **Hafen-Jagdrennen.** 1. Timok (Sarier), 2. Dorchen, 3. Rächer. Tot.: 18, Platz: 13, 22. Ferner lief: Wildkatze. — 3. **Preis von Kallar.** 1. Sternbild (Reiß), 2. Berber 2, 3. Wasserturm. Tot.: 79, Platz: 13, 20, 12. Ferner liefen: Pinguin, Siebenschläfer, Knusperchen. Atlas. — 4. **Preis von Krefeld.** 1. Edelgard (Reiß), 2. Willkür, 3. Volaca. Tot.: 30, Platz: 20, 59. Ferner liefen: Goldfisch, Jakobine, Leitha. — 5. **Rheinland-Ausgleich.** 1. Marschlied (Broda), 2. Turban, 3. Kirchbach. Tot.: 54, Platz: 14, 12. Ferner liefen: Burschel, Grasteufel, Südtiroler. — 6. **Uerdinger-Jagdrennen.** 1. Glücksburg (Grobauer), 2. Erika 2, 3. Eierbecher. Tot.: 15, Platz: 12, 19, 14. Ferner liefen: Gorgo, Ottone, Manna, Ifen, Toni, Kanonade. — 7. **Forstwald-Ausgleich.** 1. Hasdrubal 2 (Jentzsch), 2. Ochrida, 3. Tradition. Tot.: 26, Platz: 22, 32, 14. Ferner liefen: Charlotte 2. Szepike. Toison, Poppleton, Benditö, Palmwein.

Der Hallesche Kanuklub von 1920 e. V. veranstaltet am Sonntag, den 11. Sept., um 2 Uhr nachmittags eine Bootsschau auf der Saale, an welcher sämtliche Boote des Klubs teilnehmen. Zuvor erfolgt eine Bootstaufe, an welche sich die Auffahrt sämtlicher Boote schließt. Diese Auffahrt geht vom Klub aus auf der Peißnitz bis zur Saalschloßbrauerei und zurück. Anschließend daran werden Wasserspiele, Lanzenstechen und dergleichen folgen. Bei günstiger Witterung ist für den Abend eine Lampionfahrt der Boote auf der Saale vorgesehen. Für den 18. September ist eine Wanderwettfahrt des Klubs bis nach Wettin und zurück angesetzt. Die erfreuliche Entwicklung des Halleschen Kanuklubs von 1920 beweist, daß der Kanusport in Halle immer mehr an Beliebtheit gewinnt.

Hauptschriftleiter: Helmut Bötticher.
Verantwortlich für den politischen Teil: Helmut Bötticher; für Volkswirtschaft, Provinz und Sport: Hans Heiling; für den lokalen Teil und Kommunalpolitik Erich Sellheim; für Kunst, Wissenschaft und Unterhaltung i. V. Lothar Heberer. — Für den Anzeigenteil: Paul Kersten, sämtlich in Halle a. S. Otto Thiele, Buch- u. Kunstdruckerei. Verlag der Halleschen Zeitung, Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192109081-16/fragment/page=0004
DFG